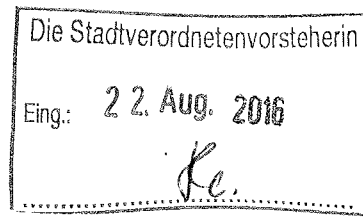


Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda



39

Stadtfraktion Fulda

Schlossstraße 5

36037 Fulda

Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda Stadtfraktion Schlossstraße 5 36037 Fulda

Frau

Stadtverordnetenvorsteherin

Margarete Hartmann

Stadtschloss

Schlossstraße 1

36037 Fulda

22.08.2016

**Antrag zur unmittelbaren Beratung und Beschlussfassung
SVV 19.09.2016**

Keine Stromsperrn – Strom-Sozialtarif für Haushalte mit Niedrigeinkommen

Die Linke Offene Liste / Menschen für Fulda beantragt, dass der Magistrat der Stadt Fulda in Verhandlungen mit der RhönEnergie tritt, um einen ermäßigten Tarif für Strom zugunsten der Menschen, die sich in wirtschaftlich schwierigen Situationen befinden zu verwirklichen.

Denkbar wäre es, dass die RhönEnergie die Grundgebühr nicht in Rechnung stellt und /oder einen ermäßigten Arbeitspreis pro verbrauchter Kilowattstunde anbietet.

Dies sollte vor allem für folgende Bürgerinnen und Bürger gelten :

- Schwerbehinderte mit dem Merkzeichen RF im Schwerbehindertenausweis, sofern diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können
- Empfänger von Sozialgeld oder ALG II einschl. Leistungen nach § 22
- Empfänger von Leistungen nach dem WoGG (Wohngeld)
- Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII
- Empfänger von Leistungen nach § 6a des Kindergeldgesetzes (Kinderzuschlag)
- Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Empfänger von Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, die nicht bei den Eltern leben
- Sonderfürsorgeberechtigte im Sinne des § 27 des Bundesversorgungsgesetzes
- Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII
- Empfänger von Hilfe zur Pflege als Leistung der Kriegsopferfürsorge
- Empfänger von Pflegegeld nach den landesgesetzlichen Vorschriften
- Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a oder § 27 d des Bundesversorgungsgesetz
- Empfänger von Pflegezulagen nach § 267 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes

Begründung:

Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda fordert, dass Stromsperrn für Transferleistungsbezieher ein Tabu bleiben sollten. Wegen ständig steigender Preise können immer mehr Menschen ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Gerade Bezieher von Transferleistungen trifft diese Preisentwicklung besonders hart. Während Miete, Heiz- und Betriebskosten gesondert in der Sozialgesetzgebung berücksichtigt werden, müssen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII die Stromkosten aus ihrem Regelsatz bestreiten.

Seit diesem Jahr bekommen Alleinstehende 404 €, 33,77 € davon sind für den Ausgabeposten Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung vorgesehen.

Doch allein schon für den Strom geben die Haushalte nach Untersuchungen der Caritas, Check 24 und Stromspar-Check deutlich mehr aus, im Schnitt 44,74 €. Die rund 9 € müssen folglich an anderer Stelle eingespart werden, wobei wir betonen möchten, dass dann für die Posten des Regelsatzes für Wohnen und Instandhaltung nichts mehr zur Verfügung steht.

Da die Stadt Miteigner der Firma RhönEnergie ist, kann sie ihren Einfluss geltend machen und darauf hinwirken für Leistungsberechtigte Sondertarife einzuführen.

Dajana Andre

Dajana Andre

Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda

UNABHÄNGIGE FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
CHRISTLICHE WÄHLEREINHEIT E.V.

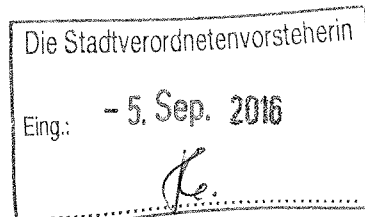
CWE

STADTVERORDNETENFRAKTION
FULDA

CWE-Stadtverordnetenfraktion Fulda · Hessenstraße 21 · 36039 Fulda

Hessenstraße 21
36039 Fulda
Telefon: 06 61/6 79 01 79
Internet: www.cwe-fd.de
E-Mail: info@cwe-fd.de

An die
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarethe Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Fulda, den 3. September 2016

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CWE Stadtverordnetenfraktion stellt folgenden Antrag:

Die Friedhofsglocke des Harmerzer Friedhofs ist, wie dem Garten- und Friedhofsamt seit dem 29.7.2016 bekannt ist, defekt. Trotz zweier Reparaturversuche ist die Glocke nach wie vor funktionsunfähig. Daher gilt es, sie zeitnah zu reparieren, damit Beerdigungen wieder im würdigen Rahmen vollzogen werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Pia Maria Schindler
CWE-Stadtverordnete

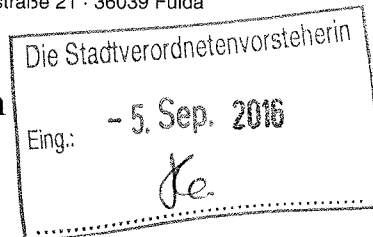
UNABHÄNGIGE FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
CHRISTLICHE WÄHLEREINHEIT E.V.

CWE

STADTVERORDNETENFRAKTION
FULDA

CWE-Stadtverordnetenfraktion Fulda · Hessenstraße 21 · 36039 Fulda

An die
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarethe Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Hessenstraße 21
36039 Fulda
Telefon: 06 61/6 79 01 79
Internet: www.cwe-fd.de
E-Mail: info@cwe-fd.de



Fulda, den 3. September 2016

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CWE Stadtverordnetenfraktion stellt folgenden Antrag:

Am Stadtteilstadtfriedhof in Harmerz sollen die 30 Rasenparkplätze mit Rasengitter versehen bzw. gepflastert werden.

Derzeit stehen lediglich 10 gepflasterte Parkplätze (seit 1994) zur Verfügung. Das bedeutet, dass zahlreiche Besucher und Beerdigungsteilnehmer bei schlechtem Wetter durch matschige, lehmige Pfützen gehen müssen, denn das Befahren der Rasenparkflächen macht den Untergrund schlammig. Es bilden sich breite Spurrillen im aufgeweichten Boden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Jahn
CWE-Fraktionsvorsitzender Fulda

UNABHÄNGIGE FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
CHRISTLICHE WÄHLEREINHEIT E.V.



STADTVERORDNETENFRAKTION
FULDA

CWE-Stadtverordnetenfraktion Fulda · Hessenstraße 21 · 36039 Fulda

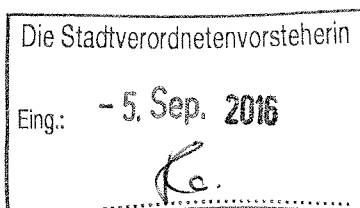
An die

Stadtverordnetenvorsteherin

Margarethe Hartmann

Schlossstraße 1

36037 Fulda



Hessenstraße 21
36039 Fulda
Telefon: 0661/679 0179
Internet: www.cwe-fd.de
E-Mail: info@cwe-fd.de



Fulda, den 28. August 2016

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin!

Die CWE Stadtverordnetenfraktion stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat soll sich (z.B. mit dem Bonifatiushaus als Veranstalter) um Fortbildungsangebote für die Mandatsträger /-innen bemühen.

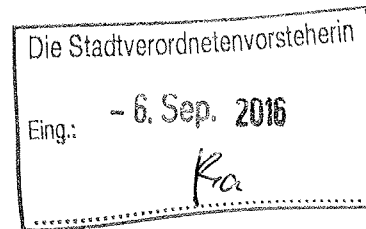
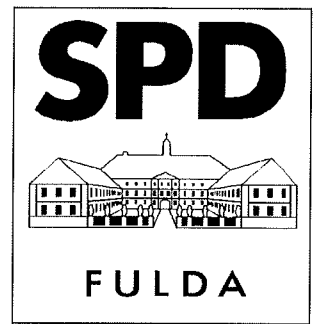
Themen wie:

- Rechte und Pflichten der Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung
- Rechte und Pflichten der Fraktionen
- Aufgaben/ Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung
- Geschäftsordnung und HGO
- Aufgaben/ Zuständigkeiten des Magistrats

sind für die Mandatsträger/-innen, besonders die neugewählten, von großem Interesse. Fachkundige Informationen dazu erleichtern und gewährleisten eine kompetente Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung.

Mit freundlichen Grüßen

Pia Maria Schindler
(CWE-Stadtverordnete)



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlossstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de

Den 19.9.2016

ANTRAG



Die SPD-Fraktion beantragt,

im Vorfeld der Diskussionen um den Verkehrsentwicklungsplan sind die Verkehrsbeziehungen auf ihre Sozialverträglichkeit, insbesondere des Schwerlastverkehrsaufkommens, der Lärmbelastung und Abgasemissionen auf der Grundlage von Verkehrszählungen zu untersuchen und zu bewerten.

Dies soll besonders für die Verkehrsbeziehungen zwischen dem Industriepark Fulda-West und der A 7 durch eine Nordtangente gelten. Auch sind die Konsequenzen möglicher Ortsumfahrungen der B 254 hinsichtlich der Verkehrsbelastung in Horas zu untersuchen. Zwischen dem Gewerbegebiet „Münsterfeld“ und dem übergeordneten Verkehrsnetz sind Be- und Entlastungsfolgen durch die Münsterfeldallee zu bewerten.

Ebenso ist eine zukünftige Planung des ÖPNV (Linienführung, Harmonisierung von Bus- und Bahntakten) als Entlastung für den Individualverkehr einzubeziehen.

Fraktionsvorsitzender

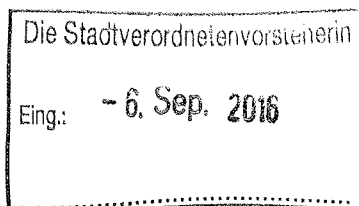
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jonathan Wulff'.

Berichterstatter
Stv. B. Lindner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverordnetenfraktion Fulda

info@gruene-fulda.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Heiko Wingenfeld
Schloßstraße 1
36037 Fulda



05.09.2016

Antrag
SVV 19.09.2016
Öffentliches W-LAN

114
Re.

Die Grüne Stadtverordnetenfraktion beantragt

Ein Konzept für die Einrichtung von Hotspots in der Innenstadt zu erstellen.

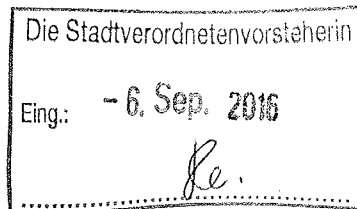
Begründung:

Durch eine geänderte Gesetzgebung ist die Einrichtung von Öffentlichem W-LAN neu geregelt worden. Auf öffentlichen Plätzen, die von Bürgern und Touristen stark frequentiert werden sollen kostenfreie Internetzugänge geschaffen werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Knut Heiland".

Knut Heiland

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverordnetenfraktion Fulda
info@gruene-fulda.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Heiko Wingenfeld
Schloßstraße 1
36037 Fulda



05.09.2016

Antrag
SVV 19.09.2016
Solarkataster Hessen

Die Grüne Stadtverordnetenfraktion beantragt:

Das Solarkataster Hessen auf den Seiten „Fulda informiert“ vorzustellen und in die Homepage einzubinden

Begründung:

Das seit dem 1. September 2016 freigeschaltete landesweite Solarkataster (Website: <http://www.solarkataster.hessen.de>), in dem fünf Millionen Dächer erfasst sind, ist ein wichtiger Baustein für die praktische Umsetzung der Energiewende in Hessen. In nur wenigen Schritten kann jeder Grundstückseigentümer, Besitzer von Gewerbeimmobilien, aber auch Wohnungsbaugesellschaften, Städte und Gemeinden schnell und unkompliziert überprüfen, ob sich das Dach- oder die Freiflächen der Immobilie für Solarenergie eignet. Die Solarenergie-Potenziale werden sowohl für Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung als auch für solar-thermische Anlagen zur Wärmeerzeugung angezeigt. Ein integrierter Wirtschaftsrechner liefert Informationen über Amortisationszeit und Rendite einer geplanten Solaranlage.

Das Solarkataster senkt damit die Hemmschwelle für Hausbesitzer und Gewerbetreibende sich über Solartechnik umfangreich zu informieren und fördert somit Investitionen in der Region in den Klimaschutz. Auf dieses Angebot der hessischen Landesregierung sollten Fuldaer Bürgerinnen und Bürgern umfangreich hingewiesen werden.

Silvia Brünnel

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 6. Sep. 2016

M. Hartmann

Die Republikaner REP

seit 1994 vertreten in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt FULDA

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

49

Antrag I (14/2016)

Bez.: SVV am Montag, den 19. September 2016

vgl: unsere Anfrage III lfd. Nr. 6/ 2016 Hochwasser am Bahnhof
Antwort des Fuldaer Magistrat: „...sieht der Magistrat derzeit keine Möglichkeiten der Problemlösung...“

Betr: Lösungsvorschlag der REP-Fraktion Stadt Fulda

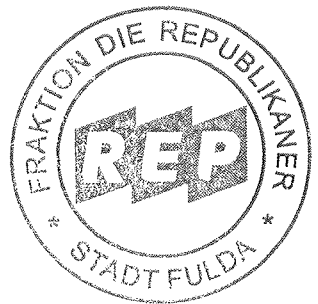
Infolge des politischen Versagen der Volksparteien ist auch die Bundesbahn in ein Privatunternehmen umgewandelt worden. Anstatt Daseinsvorsorge zu betreiben, möglichst flächendeckende Mobilität herzustellen, wird die DB AG auf Gewinnerzielung getrimmt, auch wenn es hierbei regelmäßig infolge der zu kleinen Regenwasser Niederschlagwassers einen Großteil der Bahnstufunterführung so überflutet, daß die Fahrgäste gar nicht mehr an die Bahnsteige kommen oder Ihre Bekleider hochkrepeln müssen und die Schuhe ausziehen, um durch das Wasser laufen zu können. (Glasscherben-Gefahr)

Vielleicht müßte die gesamte Regenwasserableitung auch nur mal gereinigt werden oder wenn diese frei ist, man auf Kosten der Stadt eine Abwasserleitung in die Bahnstufunterführung einbaut, die die ca. 80 cbm entsorgt, bevor sich diese Wassermassen mehrere Zentimeter aufbauend die Passage überschwemmen

- 1.) Der Magistrat möge gffs. eine Reinigung der Ableitung und gleichzeitige Kontrolle durchführen, ob es an Durchmesser der Leitung liegt.
- 2.) Danach ggfs. ebenfalls Entlastungsleitung in Passage legen.
- 3.) Über das Parlament eine Resolution starten, die DB AG wieder zur Deutschen Bundesbahn zu kollektivieren, damit derartige Probleme zum Wohl des Volkes und nicht für ihre Aktionäre!

Berichterstatter: Anton Rummel
Anton J. Rummel
Stadt- u. Kreistagsabgeordneter

Fulda, den 6. September 2016



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 6. Sep. 2016

N. Re

Die Republikaner REP

seit 1994 vertreten in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt FULDA

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA



Antrag II (17/2016)

Bez.: **SVV** am Montag, den 19. September 2016

Bez.: Finanzierung von städtischen Straßen. Dies kann auf zwei Arten geschehen. Einmal wie im Moment in Fulda, daß Anlieger entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft und Größe des Hausgrundstückes zu Anliegerbeiträgen herangezogen werden oder daß man z.B. die Grundsteuer B verdoppelt um so Rücklagen zu bilden, damit die Anlieger künftig gar keine Anliegerbeiträge mehr bezahlen müßten. (Niesiger Straße Reparaturkosten)

1.) Die Stadtverordnetenvorsteherin möge dies im Stadtparlament vorbereiten lassen (nicht im Ausschuß) und

2.) Die Stadtverordnetenvorsteherin möge dies dann in einer darauffolgenden Sitzung im Stadtparlament abstimmen lassen.

Anton J. Rummel¹

Stadt- u. Kreistagsabgeordneter

Fulda, den 6. September 2016

